

Anträge

Fachgebiet 10

Aktenzeichen: 01.07.08

Vorlage Nr.: AN/0361/2018/1

Vorlage für die Sitzung			
Haupt- und Finanzausschuss	Vorberatung	03.12.2018	öffentlich
Rat	Entscheidung	17.12.2018	öffentlich

Beratungsgegenstand: **Antrag der UWG-Fraktion vom 12.10.2018 betreffend Digitalisierung der Verwaltung**

Anmerkungen zu Belangen von Seniorinnen und Senioren und Menschen mit Behinderungen:

Haushaltsmäßige Auswirkungen/Hinweis zur vorläufigen Haushaltsführung:

1. Beschlussvorschlag:

Die nachfolgenden Ausführungen zum Stand der Digitalisierung der Stadt Rheinbach werden zur Kenntnis genommen.

2. Sachverhalt/Rechtliche Würdigung:

Mit dem beigefügten Antrag der UWG Fraktion vom 12.10.2018 wurde die Verwaltung gebeten, zu den bisherigen Maßnahmen der Digitalisierung der Verwaltung sowie der nachfolgenden Punkte Stellung zu nehmen:

1. den Rat über die bisher eingeleiteten Schritte zur Digitalisierung des Verwaltungshandelns zu informieren,
2. das verfolgte Digitalisierungskonzept zu erläutern und
3. dem Rat die beabsichtigten weiteren Maßnahmen und den geplanten Zeitrahmen für diese Maßnahmen zur Beschlussfassung vorzulegen.

Das Internet ist heute wesentlicher Bestandteil des Lebens. Alle Bürgerinnen und Bürger haben daher hohe Erwartungen an ein modern ausgestattetes kommunales E-Government Paket, denn die Bediener- und die ausgeprägte Nutzerfreundlichkeit im privaten Web setzt hohe Maßstäbe.

Als Mitglied der E-Government-Arbeitsgruppe des Zweckverbands CIVITEC hat die Verwaltung in den letzten Monaten die Onlinemodule für die Beantragung einer einfachen Meldebescheinigung sowie Melderegisterauskunft freigeschaltet.

Sobald die Arbeiten an den Onlinemodulen für die An- und Abmeldung eines Hundes sowie die Beantragung von Personenstandsunterlagen abgeschlossen sind, werde auch diese auf der Homepage der Stadt Rheinbach veröffentlicht.

Gleichzeitig werden die Bürgerinnen und Bürger über das Internet sowie „kultur & gewerbe“ darüber informiert, dass diese Dienstleistungen nun „Rund um die Uhr“ zur Verfügung stehen.

Erfahrungen anderer Kommunen haben gezeigt, dass die An- und -abmeldung eines Hundes sowie die Beantragung von Geburts-, Heirats- oder Sterbeurkunden zentrale Dienstleistungen einer Verwaltung darstellen, die auch Online nachgefragt werden.

Die Einführung der E-Government Prozesse kann allerdings nicht losgelöst von einer gesamtsstädtischen Digitalisierungsstrategie betrachtet werden.

Diese Digitalisierungsstrategie befindet sich derzeit im internen Abstimmungsprozess und wird alsbald den politischen Vertretern und dem Rat zur Beschlussfassung vorgelegt. Hierin werden auch Aspekte - wie im Antrag enthalten- der Einführung der E-Akte mit berücksichtigt.

Rheinbach, 13.11.2018

Dr. Raffael Knauber
Erster Beigeordneter

Volker Grap
Fachgebietsleiter